

Vollassoziierung der Schweiz an das europäische Mobilitätsprogramm Erasmus+ ab 2021!

Der Bund soll seinen Auftrag wahrnehmen, die Beitrittsverhandlungen zum europäischen Mobilitätsprogramm 2021-2027 aufzunehmen und sich so für die Integration der Schweiz in den europäischen Bildungsraum einsetzen.

Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 wurden die Verhandlungen zur Assoziierung der Schweiz zum europäischen Mobilitätsprogramm "Erasmus+" abgebrochen. Nachdem die Schweiz die Personenfreizügigkeit mit dem jüngsten EU-Mitglied Kroatien per Ende 2016 ratifiziert hat, wäre eine vollwertige Teilnahme am europäischen Mobilitätsprogramm prinzipiell wieder möglich. Anfang 2017 kommunizierte das SBFJ jedoch überraschend, dass diese aus finanziellen Gründen vorerst nicht angestrebt werde. Damit wurde eine Schweizer „Lösung“ mit eingeschränkten Mobilitätsmöglichkeiten für 2018-2020 Realität. Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz gemäss des parlamentarischen Auftrages der [Motion 17.3630](#) Verhandlungen mit der EU zur Vollassoziierung ans Nachfolgeprogramm für die Jahre 2021 bis 2027 aufnimmt.

Europäische Mobilität ist wichtig!

Der Nutzen von Austausch und Mobilität ist gross: Austauschereisungen und die dort erworbenen Fähigkeiten tragen nachweislich zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt bei. Gemäss Studien, besteht europaweit bei Erasmus-Studierenden ein um 50 Prozent tieferes Risiko, ein Jahr nach dem Abschluss noch arbeitslos zu sein¹. Zudem stärken sie die persönlichen und interkulturellen Kompetenzen, was Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung hin zu verantwortungsvollen Staatsbürger*innen unterstützt. Ein Auslandsaufenthalt und die dort erlangten Kompetenzen generieren für Schweizer daher einen enormen Mehrwert.

Die Schweizer Lösung ist ungenügend!

Die Schweizer Lösung zu Erasmus+ ist mit Einschränkungen verbunden und bietet für Organisationen im Jugendbereich, Studierende und Auszubildende nicht die gleiche Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten wie Erasmus+. Aufgrund des Status der Schweiz als Drittstaat, müssen Schweizer Institutionen über die nationale Agentur *Movetia* Mehrfachanträge stellen, was mit enormen administrativen Mehraufwand verbunden ist, der in Jugendverbänden oftmals von Freiwilligen getragen werden muss. Darüber hinaus besteht keine Möglichkeit, als Schweizer Institution Kooperationsprojekte zu leiten. In der Schweizer Lösung ist zwar Geld für die Beteiligung an Kooperationsprojekten zwischen Institutionen vorgesehen, doch sind insbesondere für Jugendorganisationen die zusätzlichen administrativen Hürden zu

¹ Engel, C. (2010): [Die Auswirkungen der Erasmus-Mobilität auf die berufliche Entwicklung : empirische Ergebnisse internationaler Studien über temporäre Mobilität von Studierenden und Lehrenden](#)

hoch, um eine Beteiligung anzustreben. Dies führt dazu, dass sich Schweizer Bildungsinstitutionen und Jugendorganisationen nicht an internationalen Kooperationsprojekten beteiligen. Dies ist einerseits für die internationale Vernetzung schädlich und andererseits wird auch verhindert, dass die Schweiz ihre Stärken in der Berufsbildung in Europa einbringen kann. Zudem unterstützen diese Partnerschaften die Entwicklung und Professionalisierung ausserschulischer Aktivitäten und Freiwilligenarbeit und sind deshalb als immanent wichtige Instrumente der Jugendverbände für die Erfüllung ihres Bildungsauftrags und für die Stärkung der Beteiligung junger Menschen an der Gesellschaft anzusehen. Im Oktober 2017 hat die Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zudem gemeinsam mit dem Bund die "Nationale Strategie zu Austausch und Mobilität" verabschiedet, in der festgehalten wurde, dass alle jungen Menschen im Laufe ihrer Ausbildung mindestens einmal eine längere Mobilitätsphase im Ausland oder in einer anderen Sprachregion der Schweiz verbringen sollen. Ohne Erasmus ist dieses Ziel schwierig zu erreichen.

Chancen einer Vollassoziierung...

... im Bereich Hochschulbildung

- Attraktivitätsgewinn von Schweizer Hochschulen durch den Wegfall des Status als Drittland und die Erlangung des neuen Status als vollwertiges Mitglied.
- Vermeidung von grossem administrativen Mehraufwand, der durch das Aushandeln von Einzelabkommen mit Partneruniversitäten anfällt.
- Grössere Auswahl bei der Suche nach Partneruniversitäten für Studierende und Lehrkräfte, insbesondere für Personen an Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen.
- Schaffung von Synergien für Bildungsinstitutionen, indem ihnen erleichtert wird, grenzüberschreitende Projekte mit europäischen Partnern durchzuführen.
- Zugang zu digitalen Tools des europäischen Mobilitätsprogramms wie *Erasmus without Paper*, *Online Lernvereinbarungen*, einer *Erasmus+ App* oder der *Online-Sprachhilfe*.

... im Bereich Berufsbildung

- Erleichterter Zugang zu Austauschprogrammen für Personen in der Berufsbildung.
- Unterstützung der beruflichen Weiterentwicklung von Beschäftigten in der Berufsbildung durch Fort- und Weiterbildungsaufenthalte im Ausland.
- Erlangung von Kompetenzen wie Sprachkenntnisse, Toleranz, Aufgeschlossenheit, Neugier oder Anpassungsfähigkeit.
- Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln um in einem wettbewerbsfähigen und internationalen Arbeitsmarkt bestehen zu können.
- Möglichkeit, Personal in ein Unternehmen oder eine Organisation zu entsenden, um zu unterrichten oder an einer Fort- oder Weiterbildung teilzunehmen.

... im Bereich ausserschulischen Bildung

- Breite Möglichkeiten für junge Menschen im Bereich der non-formalen Bildung, wie z.B. Personen in einem Jugendverband oder Sportler*innen.
- Möglichkeit, an internationalen Konferenzen, Workshops, Trainings oder Seminaren teilzunehmen.
- Zugang zu allen europäischen Programmaktionen sowie deren digitale Tools, wie z.B. dem *Youthpass*, *E-Twinning* oder den *Erasmus-Plattformen*.
- Möglichkeit, eigene Kooperationsprojekte mit europäischen Partnern zu lancieren und zu leiten.
- Chance, durch Partnerschaften die Jugendverbände in der Erfüllung ihres Bildungsauftrags zu unterstützen und Stärkung der Beteiligung junger Menschen an der Gesellschaft.

Aufruf der Jugendorganisationen

Es ist festzuhalten, dass die Schweizer Lösung trotz grossen Bemühungen nicht dieselben Möglichkeiten bieten kann wie das europäische Mobilitätsprogramm. Insbesondere die Vernachlässigung der Bereiche der Berufsbildung und der ausserschulischen Jugendarbeit schliesst einen grossen Teil der Bevölkerung vom Mobilitätsprogramm aus.

Obwohl wir die Bemühungen des Bundes bei der Ausarbeitung der Schweizer Lösung begrüessen, sehen wir die Vollassoziierung an das europäische Mobilitätsprogramm als einzige Möglichkeit um allen Schweizer Jugendlichen die Möglichkeit eines europäischen Austauschs bieten zu können. Aus den oben genannten Gründen fordern die unterzeichnenden Personen, sowie zahlreiche Jugendorganisationen als Urheber*innen der Petition vom Bund, die Verhandlungen noch dieses Jahr wieder aufzunehmen, damit die Schweiz schnellstmöglich am europäischen Mobilitätsprogramm teilnehmen kann.

Online Petition: <https://act.campax.org/p/VollassoziierungErasmusplusab2021> und weitere Informationen unter: www.erasmus-ch.ch

Unterstützende Organisationen:

Cevi Schweiz, Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (DOJ), Eurasmus Student Network, GRÜNE Schweiz, Intermundo, Junge Grüne, Jungwacht Blauring Schweiz, Pfadibewegung Schweiz (PBS), Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS), Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), Stiftung Kinderdorf Pestalozzi, Verein Natur Kultur, Young European Swiss (YES).